

Für die politischen Methoden, taktischen Varianten und ideologischen Schablonen, mit welchen der ungleiche Machtkampf zwischen der Sozialdemokratie und der KPTsch ausgetragen wurde, ist die Untersuchung Karel Kaplans von paradigmatischer Bedeutung. Darüber hinaus stellt sie nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Studium der tschechoslowakischen Nachkriegsentwicklung, sondern auch einen bedeutsamen Baustein für eines der schwierigsten und problematischsten Kapitel der Geschichte der tschechoslowakischen Sozialdemokratie insgesamt dar. Den Band vervollständigt ein kurzer dokumentarischer Anhang sowie ein Schlußwort des Herausgebers G. J. Loewy, der das Wiederaufleben der eigenständigen Tschechoslowakischen Sozialdemokratie vom neuerlichen Exil über den Prager Frühling bis in die unmittelbare Gegenwart skizziert und deren Versuche resümiert, sich auf der Basis eines von den Schlacken der historischen Erfahrung gereinigten demokratischen Sozialismus zu regenerieren.

München

Roland J. Hoffmann

*Bonwetsch, Bernd (Hrsg.): Zeitgeschichte Osteuropas als Methoden- und Forschungsproblem.*

Berlin Verlag Arno Spitz, Berlin 1985, 192 S., kart. DM 28,— (Osteuropaforschung 13).

Diese für den Druck überarbeiteten Referate einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde stellen Berichte aus der Forschung dar, in deren Mittelpunkt die Sowjetunion steht: Margareta Mommsen-Reindl diskutiert politikwissenschaftliche Interpretationsmodelle zu Struktur und Geschichte der Sowjetunion, Eberhard Müller prüft die Tauglichkeit der zeitgenössischen sowjetischen Literatur als sozialgeschichtliche Quellen, Stephan Merl schildert „Probleme des Umgangs mit sowjetischen Statistiken der 20er und 30er Jahre“; Gerhard Simon bietet methodologische Überlegungen zum Problem des Nationalismus in der UdSSR, den es offiziell bekanntlicherweise nicht gibt. Polen (Dieter Bingen überprüft den Wert polnischer Massenmedien als zeitgeschichtlicher Quelle, Andreas Lawaty untersucht polnische Auffassungen zur Deutschlandfrage nach 1945) sowie Jugoslawien (Wolfgang Höpken unter dem Gesichtspunkt der Krisentheorie zur „Kroatischen Krise“ 1970/71; Jutta de Jong zur „Erfassung nationaler Trägergruppen am Beispiel Makedoniens“) folgen. Peter M. Kuhfus bietet eine Neubewertung des chinesischen Faktors bei der Entstehung des „Ostblocks“ an. Probleme der Theorieanwendung stehen im Mittelpunkt der Darlegungen.

Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Tschechoslowakei. Manfred Alexander gibt mit „Die Erste Tschechoslowakische Republik als Problem der Zeitgeschichte“ (S. 178—188) eine knappe Übersicht der wichtigsten Veröffentlichungen sowie der Forschungsprobleme und -desiderata. Außer auf die wegen der Unzugänglichkeit der tschechoslowakischen Archive schwierige Ausgangslage verweist Alexander mit Recht auf die „hohe Emotionalisierung [...], die sich in Reizwörtern widerspiegelt“ als außerwissenschaftliche Komponente, die die Forschung erschwert.

Wesentliche neue interpretatorische Akzente setzt Peter Heumos mit seinem Beitrag „Der Februarumsturz 1948 in der Tschechoslowakei. Gesichtspunkte zu einer strukturgeschichtlichen Interpretation“ (S. 121—135). Heumos verknüpft den Februarumsturz 1948 — anregend und problematisch — mit Entwicklungen in der Ersten Tschechoslowakischen Republik: Ausgehend von einer Kritik der meist politologischen oder auch politischen Darstellungen der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948, die zumeist ein einheitliches Modell von „Sowjetisierung“ in Ostmittel- und Südosteuropa implizieren (oder es beweisen wollen), konzentriert sich Heumos auf das „eigentlich erklärungsbedürftige Phänomen der kommunistischen Machtübernahme in der Tschechoslowakei“, das „vergleichsweise, gemessen an anderen osteuropäischen Ländern, beträchtliche Ausmaß legitimer kommunistischer Machtbeschaffung und -ausübung“ (S. 124). Heumos vergleicht die politischen Strukturen der Jahre 1945 bis 1948, die — wie er nachweist — in der „westlichen“ Literatur nicht historisch-analytisch, sondern nach einem idealtypisch-abstrakten Modell von parlamentarischer Demokratie gesehen werden, und findet erstaunliche Parallelen und Kontinuität eingeschränkter parlamentarischer Demokratie (Ämterpatronage, Entscheidungsfindung außerhalb des Parlaments im „Fünferausschuß“ [Pětka], Proporz) zur Ersten Republik (S. 128): „Die tschechoslowakischen Kommunisten waren zwischen 1945 und 1948 mit Sicherheit keine Freunde der Institutionen der parlamentarischen Demokratie. Ebenso sicher ist, daß sie sich der Notwendigkeit enthoben sahen, das Parlament zu ‚entmachten‘.“ Die demokratischen Elemente der tschechischen und slowakischen Demokratie und politischen Kultur entfalteten sich nach 1945 vor allem auf den unteren Ebenen der Organisationshierarchie in Betriebsräten, Nationalausschüssen usw.: „Charakteristisch für dieses patrizipatorische Potential war eine strukturgeschichtlich erklärbare, durch breiteres Material sicherlich noch besser begründbare Indifferenz gegenüber institutionellen Arrangements höherer Ordnung — ein Phänomen, aus welchem der ‚weiche‘ Übergang zum kommunistischen Machtmonopol in der Tschechoslowakei zum guten Teil hergeleitet werden kann“ (S. 135). Gegen die Mehrheit kaum noch wissenschaftlich fruchtbarer politologischer Erklärungsversuche bietet Heumos unter Einbeziehung politologischer und soziologischer Ansätze eine überzeugende, wenn auch in Einzelheiten noch zu vertiefende *historische* Deutung an, die unser Verständnis (auch gegen liebgewordene Denkschemata) weiterführt.

Marburg

Wolfgang Kessler

*Integration im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW): Das Beispiel Polens und der ČSSR. Mit Beiträgen v. Horst Brezinski, Wilhelm Wöhlke u. a.*

Johann-Gottfried-Herder-Institut, Marburg/Lahn 1982 (Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ostmitteleuropa-Studien 3).

Der zu besprechende Band besteht aus vier Beiträgen einer Tagung der Fachgruppe Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des J. G. Herder-Forschungsrates, die sich im Jahre 1980 mit Problemen der Integration Ost-Mitteleuropas im Rat